

Stober und Splett enttäuscht

## Global Marshall Plan-Initiative stockt



Die Global Marshall Plan-Initiative fördert eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft (Foto: AFP)

Karlsruhe - Die Karlsruher Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) und Gisela Splett (Grüne) sind enttäuscht über eine Entscheidung des Wirtschaftsausschusses des Landtags. Die CDU und die FDP hätten einem Antrag zur Global Marshall Plan-Initiative ihre Zustimmung verweigert. CDU und FDP würden sich zwar zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen bekennen, sie hätten aber gleichzeitig in den vergangenen Jahren die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit reduziert.

Im Nachgang zu einer von SPD- und Grünen-Abgeordneten im Januar 2007 durchgeführten und mit etwa 200 Menschen sehr gut besuchten Veranstaltung mit Prof. Radermacher hatten die beiden Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) und Gisela Splett (Grüne) mit ihren jeweiligen Fraktionen einen Antrag zur Unterstützung der Global Marshall Plan-Initiative durch das Land Baden-Württemberg in den Landtag eingebracht.

## Ziel einer Welt in Balance

In Anlehnung an den Erfolg des Marshall Planes der USA für Deutschland und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgt die Global Marshall Plan-Initiative das Ziel einer "Welt in Balance". Ein zentraler Punkt hierbei ist die Durchsetzung der weltweit vereinbarten Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015. Über das reine Bekenntnis zu diesen Zielen hinaus möchte die Initiative Wege zu ihrer Umsetzung aufzeigen. Dazu müsse man Geld in die Hand nehmen und zusätzliche Finanzmittel erschließen, so die Karlsruher Landtagsabgeordneten. Ein weiteres Kernziel der Initiative ist die schrittweise Realisierung einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft - was eine grundlegende Reform des Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft voraussetzt.



Johannes Stober, SPD (Foto: pr)



Gisela Splett, Grüne (Foto: pr)

Die Global Marshall Plan-Initiative findet nach Angaben der beiden Abgeordneten in vielen Teilen der Gesellschaft und auch in der Politik breite Unterstützung und ist in Baden-Württemberg tief verwurzelt. Neben österreichischen Bundesländern bekenne sich auch der Thüringische Landtag ausdrücklich zu den Zielen der Initiative. "Einen entsprechenden Beschluss hätten wir uns nun auch vom baden-württembergischen Landtag gewünscht", betonen Stober und Splett. Nachdem der Antrag im Dezember zusammen mit weiteren entwicklungspolitischen Initiativen im Plenum debattiert worden war, fand nun am 13. Februar die Beratung im Ausschuss statt. Das Ergebnis ist für die Antragsteller absolut ernüchternd: Die Regierungsfaktionen stimmten bei einer Enthaltung gegen den Antrag der Opposition.

## Gerechte Gestaltung der Globalisierung

Stober und Splett bedauern, dass sich CDU und FDP zwar öffentlich zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen bekennen würden, gleichzeitig aber in den vergangenen Jahren die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit drastisch reduziert und

Projekte zur Armutsbekämpfung vollständig dem bürgerschaftlichen Engagement und den Stiftungen überlassen hätten. "Wer sich zu den Millenniumszielen bekennt und sich für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen will, muss auch konkret etwas tun. Die Unterstützung der Global Marshall Plan -Initiative durch das vom baden-württembergischen Volk gewählte Parlament wäre ein wichtiges Zeichen in diese Richtung gewesen", so die beiden Abgeordneten. (ps)

Meldung vom Freitag, 15. Februar 2008 © ka-news 2008